

**Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017**

**Zusammenstellung der Antworten**



Fragebündnis Bundestagswahl 2017

**Themenfeld Verkehr / Mobilität**

**Fragen des ADFC Hameln-Pyrmont**

27. **Tempo 30:** Der ADFC und einige weitere Umweltorganisationen fordern Tempo 30 in Ortschaften, um die Unfallrisiken für alle Verkehrsteilnehmer\*innen zu reduzieren und dadurch auch das umweltfreundliche Radfahren zu stärken. In Hameln wurde erst kürzlich eine Initiative für einen Modellversuch abgelehnt.

**Frage: Würden Sie sich einer entsprechenden Initiative zur Einführung von flächendeckend Tempo 30 in Ortschaften anschließen?**

**Klaus-Peter Wennemenn, FDP NEIN**

Erhöht die Verkehrssicherheit nicht!

**Jutta Krellmann, Die Linke JA**

Modellversuche zu flächendeckendem Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften sind zu befürworten, wo sie möglich und sinnvoll sind. Die Modellversuche sollten wissenschaftlich begleitet werden, um den Nutzen für Verkehrssicherheit und Umwelt untersuchen zu können.

**Ute Michel, B90/Grünen JA**

**Michael Vietz, CDU NEIN**

Ich halte die benannte Wirkung für überschätzt. Zudem sollten wir die verschiedenen Verkehrssysteme nicht andauernd gegeneinander ausspielen.

**Johannes Schraps, SPD JA/NEIN (Nichts angekreuzt)**

Diese Frage ist aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen für Bundes-, Landes- und Kreisstraßen nicht pauschal zu beantworten. Den Modellversuch halte ich prinzipiell für gut. Für Bundesstraßen gibt es hier jedoch klare Regelungen und für Landstraßen gibt es klare Regelungen mit Ausnahmemöglichkeiten. Diese Frage ist definitiv eine, deren Entscheidung auf kommunaler Ebene getroffen werden sollte.

28. **Bundesfahrradbeauftragter:** Analog zu den Radverkehrsbeauftragten auf Landesebene und in Städten und Gemeinden fordert der ADFC die Einstellung eines/r Parlamentarische/n Staatssekretär/in fürs Rad. Mit Büro, Dienstwagen und Personal summieren sich die Kosten für einen Staatssekretär auf rund 550.000,-€ (Quelle: Bund der Steuerzahler).

**Frage: Halten Sie die Bestellung eines/r Parlamentarische/n Staatssekretär/in für eine gute Investition?**

**Klaus-Peter Wennemenn, FDP** NEIN

**Jutta Krellmann, Die Linke** JA

Ein/e parlamentarische/r Staatssekretär/in könnte die Koordination von länderübergreifenden Fahrradwegen, analog zu Autobahnen übernehmen. Durch die Popularität von Pedelecs ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit für überregionale Fahrradwege.

**Ute Michel, B90/Grünen** JA

Ja – im Gesamtzusammenhang aller Forderungen des ADFC-Aktionsprogramms „Fahrradland Deutschland. Jetzt!“, und es dürfte nicht zulasten der personellen Aufstockung des Radverkehrsreferats im Verkehrsministerium gehen.

**Michael Vietz, CDU** NEIN

Wir haben genügend Parlamentarische Staatssekretäre.

**Johannes Schraps, SPD** NEIN

Wichtiger als eine „neue“ Stelle zu schaffen, ist es aus meiner Sicht, die Koordinierung zwischen den Beauftragten auf Landesebene und im kommunalen Bereich zu optimieren. Ich finde wichtig, konkret den Ausbau von Radnetzen voranzutreiben. Und damit die Nutzung von Fahrrädern attraktiver zu machen.

29. **Fahrradsicherheit:** In Deutschland und Europa wird viel „Fahrradschrott“ verkauft! Die Vorschriften für Fahrräder beschränken sich auf minimale Anforderungen. Eine technische Prüfung oder Überwachung, was in den Handel kommt, erfolgt nicht.

**Frage: Unterstützen Sie die Einführung eines „Fahrrad-TÜV“ zur Typprüfung (keine Wiederholungsprüfungen wie beim Auto) auch wenn dadurch der Preis für die preiswertesten Fahrräder (Aldi, Lidl, ... ) sich mehr als verdoppelt?**

**Klaus-Peter Wennemenn, FDP**                      **NEIN**

Würde die „Hemmschwelle“ für potentielle Fahrradnutzer nur erhöhen und damit kontraproduktiv wirken.

**Jutta Krellmann, Die Linke**                      **NEIN**

**Ute Michel, B90/Grünen**                      **NEIN**

Selbstverständlich müssen die gesetzlichen Vorgaben zur Sicherheit von Fahrrädern und Einzelteilen eingehalten und ggf. verschärft werden. Ziel ist es aber auch, insgesamt mehr Radverkehr zu ermöglichen, wobei die Spannweite der Anforderungen an ein Rad ja sehr groß ist. Deshalb ist vor allem Aufklärung wichtig, damit Menschen gut informiert entscheiden können, welches Rad für ihre Zwecke das richtige ist. Außerdem würde eine Typprüfung die noch vorhandenen kleinen Hersteller/Manufakturen ungebührlich belasten.

**Michael Vietz, CDU**                              **NEIN**

Wir müssen auch hier ein Gleichgewicht zwischen Anforderungen an die Sicherheit und erschwinglicheren Preisen finden.

**Johannes Schraps, SPD**                              **NEIN**

Das halte ich für zusätzliche Bürokratie.

30. **Schadstoffreduzierung:** Die Reduzierung der akuten Belastungen durch Feinstaub, Stickoxide und Lärm sind große Aufgaben für deutsche Städte. Auch in Hameln werden Grenzwerte überschritten. Um Städte wie Hameln oder Hannover zu umweltfreundlicheren Städten umzubauen, u.a. durch Ausbau von ÖPNV, der Fuß- und Radwegeinfrastruktur sowie die Priorisierung von Radschnellwegen gegenüber Stadtautobahnen, ist viel Geld erforderlich das die Kommunen nicht haben.

**Frage: Unterstützen Sie die Bereitstellung von Bundesmitteln, um die Weiterentwicklung von Städten zu "Umweltstädten" zu bewerkstelligen?**

**Klaus-Peter Wennemenn, FDP** JA

**Jutta Krellmann, Die Linke** JA

**Ute Michel, B90/Grünen** JA

**Michael Vietz, CDU** JA/NEIN (Nichts angekreuzt)

Unabhängig vom plakativen Namen „Umweltstädte“ plädiere ich für die Unterstützung von Stadtplanungen, die neben dem Erwähnten auch die anderen Aspekte menschlichen Zusammenlebens (Wohnen, Arbeiten, Individualverkehr) im Blick hat. Gerade ein ganzheitlicherer Ansatz ist das, was vielen gut gemeinten Einzelprogrammen fehlt.

**Johannes Schraps, SPD** JA

Das halte ich grundsätzlich für eine gute Sache, bei der man jedoch auf die Finanzierung schauen muss. Im ÖPNV hat sich durch die Weichenstellung der SPD bereits viel getan. Bei den Strecken und den Tarifen. Hieran gilt es anzuknüpfen.

31. **Radverkehrsplan:** Vor 15 Jahren hat die Bundesregierung den ersten „Nationalen Radverkehrsplan“ (NRVP) veröffentlicht. Der seit Januar 2013 geltende "Nationale Radverkehrsplan 2020 - Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln" schließt sich nahtlos an den ersten NRVP an und hat diesen qualitativ weiterentwickelt

**Frage: Kennen Sie die Ziele und Inhalte des NRVP?**

**Klaus-Peter Wennemenn, FDP** JA

**Jutta Krellmann, Die Linke** NEIN

**Ute Michel, B90/Grünen** JA

**Michael Vietz, CDU** JA/NEIN (Nichts angekreuzt)

Nur grob, da ich nicht im Bereich der Verkehrspolitik unterwegs bin: Es gibt schlicht zu viele nationale Pläne etc., als dass man sich als Fachfremder über jeden detailliert auf den Laufenden halten kann. Aber im Bedarfsfall weiß ich, wo ich nachlesen bzw. wen ich fragen kann.

**Johannes Schraps, SPD** NEIN

32. Nennen Sie **ein** weiteres, Ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Verkehr/Mobilität:

**Klaus-Peter Wennemenn, FDP**

Die Verknüpfung Fahrrad/Schiene/Auto muss weiter optimiert werden!

**Jutta Krellmann, Die Linke**

Kein Ausbau der Güterbahntrasse Nordstemmen – Löhne (Planfall 33) als Transitstrecke für den schweren Güterverkehr. Denn die Route führt quer durch viele Orte im Landkreis (Salzhemmendorf, Coppenbrügge, Hessisches Oldendorf, Hameln und Rinteln) als auch durch den Naturpark Weserbergland. Stattdessen muss die Nordroute (Planfall 12) zwischen Wunstorf und Minden erneut geprüft werden.

**Ute Michel, B90/Grünen**

Verbesserung des ÖPNV insbesondere in Kleinstädten und im ländlichen Raum und bessere Vernetzung verschiedener Verkehrsträger.

**Michael Vietz, CDU**

Ich würde mir wünschen, dass wir aufhören, die verschiedenen Verkehrsarten und –systeme gegeneinander auszuspielen. Alle haben ihre Berechtigung und gehören miteinander in Einklang gebracht.

**Johannes Schraps, SPD**

Die neue Tarifstruktur in Hameln-Pyrmont im ÖPNV in der Region und darüber hinaus als Vorteil für Mobilität und gutes Klima.

## Zusammenfassung, Kommentare von Horst Maler, ADFC Hameln-Pyrmont

### **27. Flächendeckend Tempo 30 in Ortschaften**

Ergebnis: 2 x JA 2 x NEIN 1 x unentschieden

FDP und CDU kennen die Ergebnisse! Woher?

SPD schiebt die Entscheidung auf kommunale Ebene! (Heute haben wir Tempo 50! Das ist **keine** kommunale Entscheidung!)

### **28. Bundesfahrradbeauftragter**

Ergebnis: 3 x JA 3 x NEIN

SPD sagt nein und wünscht bessere Koordinierung! Aber wer ist dafür zuständig?

### **29. Fahrradsicherheit**

Ergebnis: 5 x NEIN

Offenbar ist es den Kandidaten egal ob die in den Verkehr gebrachten Fahrräder auch zum Betrieb geeignet sind!

### **30. Schadstoffreduzierung mit Bundesmitteln**

Ergebnis: 4 x JA 1 x unentschieden

### **31. Radverkehrsplan**

Ergebnis: 2 x JA 2 x NEIN 1 x unentschieden

Es muss wohl noch mehr unternommen werden um einen Radverkehrsplan bekannt zu machen!